

# Das Budget der Hauptstadt.

Budapest, 27. Februar.

Der gestrige Tag wird in den Annalen der Hauptstadt sicherlich nicht mit roten Lettern verzeichnet werden, denn mit ihm sind schwere, drückende Sorgen in unser Stadthaus eingezogen. Das Defizit, das sich mit Kriegsbeginn in dem Haushalt unserer Hauptstadt festgesetzt hat, immer größer wird und jetzt bereits die schwindelnde Höhe von nahezu 38 Millionen Kronen erreicht hat, beginnt die Zahlungsfähigkeit der Hauptstadt bereits ernstlich zu gefährden, und wenn man dem Defizit, das sich mit großer Kraft in dem Organismus der Hauptstadt festgebissen hat, nicht mit noch größerer Kraft an den Leib rückt, muß sich die Finanzlage der Kommune früher oder später sehr kritisch gestalten. Ganz richtig bemerkt die Finanzsektion in ihrem Bericht zu dem Budget für 1917, daß unser Haushalt noch

während des Krieges geordnet werden muß, will die Hauptstadt den gewaltigen Aufgaben, vor die sie das nach dem Kriege anbrechende neue Leben stellen wird, gewachsen sein. Man darf nicht länger zuzwarten, man darf das Uebel nicht chronisch werden lassen, sondern muß unverzüglich zur Heilung des erkrankten Organismus der Hauptstadt schreiten. Je früher dies geschieht, desto sicherer ist der Erfolg.

Das Defizit ist zum größten Teile, wie ja nicht bestritten werden kann, dem Kriegszustand zuzuschreiben. Für viele ist der Kriegszustand eine vortreffliche Konjunktur, für den Haushalt der Städte — auch die ausländischen bilden hier keine Ausnahme — erweist er sich aber als äußerst schädlich, indem er ihre Ausgaben bedeutend erhöht, ihre Einnahmen aber in größerem oder geringerem Maße verringert. Das liegt in der Natur der Sache. Die Steigerung der Ausgaben der Städte wird durch die Steigerung der Preise aller Materialien, Erhöhung der Löhne, die Notwendigkeit, die durch den Kriegszustand hervorgerufene Not zu lindern usw., die Verminderung der Einnahmen der kommunalen Betriebe durch die Zunahme der Betriebskosten verursacht. Solange der Krieg dauert, vermag man hieran wohl kaum etwas zu ändern, doch was man tun kann und muß, ist, nach Möglichkeit ein Erstarren dieser abnormalen Verhältnisse zu verhindern und eine vollkommene Sanierung der hauptstädtischen Finanzlage vorzubereiten, damit die Hauptstadt gleich nach dem Kriege freier atmen und ihre hochwichtigen kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Aufgaben erfüllen könne.

Alle berufenen Faktoren der Hauptstadt, Magistrat, Munizipalrat, Kommissionen müssen mit vereinten Kräften dieses Ziel zu erreichen suchen. Ohne eine weitere Belastung der Bevölkerung von Budapest ist dies freilich kaum möglich, doch unser Publikum besitzt genug Lokalpatriotismus, um jedes Opfer zu bringen, das ihm um der Zukunft unserer Hauptstadt willen auferlegt wird, wenn es nur die Ueberzeugung hat, daß diese Opfer nicht vergeblich gebracht werden, daß bei der Hauptstadt nunmehr die Uera einer besseren Wirtschaft, einer gesünderen rationalen Finanzpolitik anbrechen wird. Diese Ueberzeugung kann das Publikum aber nur gewinnen, wenn die Leitung der Hauptstadt und die Stadtrepräsentanz mit wirklichem Ernst und unzweifelhaft redlichem Willen sich an das schwere Werk der Sanierung machen.

Wie wir bereits bemerkt haben, sind auch die Finanzen anderer Städte von den außerordentlichen Verhältnissen, die der Kriegszustand mit sich gebracht, ungünstig beeinflusst worden. In ihrem vorzüglich ausgearbeiteten, auf alle Einzelheiten des Budgets sich erstreckenden Bericht beruft sich die Finanzsektion auf das Beispiel mehrerer ausländischer Großstädte, um zu beweisen, daß nicht der Haushalt unserer Hauptstadt allein infolge des Kriegszustandes stark zu leiden hatte.

An erster Stelle wird die Stadt Wien angeführt, wo das im Budget für 1916/17 ausgewiesene Defizit von 15,993.740 k zum größten Teile ebenfalls auf Rechnung des Kriegszustandes zu setzen ist. Zur Deckung dieses Defizits wurden in Wien teils die bereits vorhandenen Steuern erhöht, teils neue Steuern eingeführt.

Erhöht wurden folgende Steuern: der Kommunalzuschlag nach der Bodensteuer von 25 auf 27 Prozent (zu gewärtigender Mehrertrag 5400 k), der Kommunalzuschlag nach der Besoldungssteuer von 25 auf 28 Prozent (78.000 k), der Kommunalzuschlag nach der Staatssteuer der zu öffentlicher Rechnungslegung verpflichteten Unternehmungen von 27 auf 32 Prozent (1,778.000 k), der Kommunalzuschlag nach der Rentensteuer von 25 auf 28 Prozent (60.000 k), der Kommunalzuschlag nach der Erwerbsteuer erster Klasse von 27 auf 31 Prozent und der Erwerbsteuer zweiter Klasse von 27 auf 30 Prozent (228.700 k), die städtische Konsumsteuer für geistige Getränke, Alkoholesenzen usw. (560.000 k), die Hundesteuer von 8 auf 20 k (500.000 k), die Preise der elektrischen

Strassenbahnen von 14 und 20 auf 16 und 22 h, die Autobusfahrpreise von 20 und 30 auf 24 und 34 h, die Fahrpreise der Pferdebahn um 2 h (4.000.000 k), die Gaszuzugsgebühr um durchschnittlich 100 Prozent (1,420.000 k), die Gebühr für die Benutzung der elektrischen Strommesser um durchschnittlich 25 Prozent (250.000 k).

Inß Neben gerufen wurde die Grundwertzuwachssteuer (1,000.000 k) und demnächst soll auch die Lustbarkeitssteuer (1,000.000 k) eingeführt werden.

Durch die Erhöhung der Steuern und Gebühren und durch die Einführung der neuen Steuern hofft die Stadt Wien Mehreinnahmen in der Höhe von 10,880.100 k zu erzielen. Ein Teil dieser neuen Einnahmen wurde bereits in das Budget aufgenommen, während der Rest, der sich aus der Erhöhung der Steuern und der Einführung neuer Steuern ergibt (ungefähr sechs Millionen) zur Deckung eines Teiles des Defizits verwendet wird. Der restliche Teil des Defizits — zirka 10 Millionen — wird aus den Kassenbeständen und aus Anlehensgeldern gedeckt.

Berlin: Alle Ausgaben und Mehrausgaben, die der Krieg verursacht hat, werden auf Vorschußkonto geführt, insolge dessen sie das normale Budget nicht beeinflussen. Für die Deckung der auf die erwähnte Weise gebuchten Ausgaben wird später gesorgt. Trotz der Einschränkung der Verwaltungsausgaben mußte die Stadt im Jahre 1915 den Kommunalzuschlag nach der staatlichen Einkommensteuer um 25 Prozent (von 100 auf 125 Prozent), im Jahre 1916 um weitere 35 Prozent auf 160 Prozent erhöhen. Im Jahre 1914 wurden 71,185.534 Mark, im Jahre 1915 29,935.900 Mark und im Jahre 1916 18,702.890 Mark durch Anleihen gedeckt.

Breslau: Die Kriegsausgaben werden vorläufig durch Vorschußanleihen aufgebracht, die später durch fundierte Anleihen ersetzt werden, falls die Vorschüsse nicht durch staatliche Subvention gedeckt werden sollten. Zur Deckung der laufenden Verwaltungsausgaben hat die Stadt Breslau die Preise von Gas und elektrischem Strom um zehn Prozent erhöht, während die Verminderung der Einnahmen der kommunalen Betriebe durch eine Erhöhung der kommunalen Steuerzuschläge paralytisiert wurde, wodurch die Stadt schon im Jahre 1914 Einnahmen in der Höhe von 11,343.000 Mark erzielt hat.

Köln: Zur Deckung des Kriegszustandes wurde im Jahre 1914 der kommunale Steuerzuschlag um zwanzig Prozent auf 175 Prozent erhöht, was einem Mehrertrag von 1,875.000 Mark entspricht, ferner wird der aus Steuerüberschüssen geschaffene Fonds von sechs Millionen Mark zu Zwecken des Haushaltes verwendet. Außerdem hat die Stadt mehrere Anleihen zur Deckung der außerordentlichen Ausgaben aufgenommen, und zwar für das Jahr 1915/16 11,527.350 Mark, für das Jahr 1916/17 4,240.000 Mark.

Dresden: Die durch den Krieg verursachte Verminderung ihrer Einnahmen und Steigerung ihrer Ausgaben haben die Stadt Dresden gezwungen, den kommunalen Steuerzuschlag um 13 Prozent (von 133 auf 146 Prozent) sowie die Preise des Gases zu erhöhen. Das erstere Mittel bringt der Stadt nahezu 1 1/2 Millionen Mark ein. Auch heuer soll ein neues Steuerprojekt verwirklicht werden. Zur Erhöhung der Einnahmen der städtischen elektrischen Strassenbahn will die Stadt die Tarife ändern.

Frankfurt a. M.: Alle Kriegsausgaben werden vorläufig außerhalb des Budgets verrechnet; sollten diese Ausgaben nicht vom Staat gedeckt werden, wird sie die Stadt Frankfurt a. M. durch später aufzunehmende Anleihen decken.

Hamburg: Auch hier hat der Krieg ein Defizit im kommunalen Haushalte verursacht, insolge dessen die Stadt den Preis des Gases von 14 auf 16 Pfennig erhöht hat, was Mehreinnahmen von 2 1/2 Millionen Mark entspricht. Außerdem führte die Stadt heuer die Vermögenssteuer ein, deren Ertrag noch unbekannt ist.

Leipzig: Die Verhältnisse dieser Stadt sind den Verhältnissen unserer Hauptstadt sehr ähnlich. Auch die Stadt Leipzig will durch Erhöhung der bereits bestehenden und durch Einführung neuer Steuern sowie durch Erhöhung der Einheitspreise der kommunalen Betriebe ihre Finanzlage, die der Kriegszustand ebenfalls verschlimmert hat, verbessern.

München: Zur Deckung zahlreicher Ausgaben, die im Frieden durch die laufenden Einnahmen gedeckt werden konnten, muß die Stadt jetzt Anleihen aufnehmen. Auf diese Weise ist es der Stadt München bisher gelungen, ohne größere Belastung des Publikums das Gleichgewicht in ihrem Haushalte zu erhalten, bloß den kommunalen Steuerzuschlag hat sie von 133 auf 144 Prozent erhöht, was einem Mehrertrag von einer Million Mark entspricht.

Pest Lloyd 27. II. 1917 50